

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Beatrix von Storch, Alexander Arpaschi,
Dr. Christina Baum, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 21/3308 –**

**Zusammen mit den USA für nationale Selbstbestimmung, Souveränität und
den Schutz der abendländischen Zivilisation eintreten – Woke Positionen
international zurückdrängen**

A. Problem

Die Antragssteller fordern die Bundesregierung auf, unter anderem, nach dem Vorbild der USA bei deutschen Auslandsvertretungen sowie Institutionen der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) keine Regenbogenflaggen mehr zu hissen, auch nicht im sogenannten Pride Monat (28.6.2025–27.7.2025) und alle Teilnahmen von deutschen Botschaftsangehörigen, insbesondere Botschaftern und Geschäftsträgern, an sogenannten Pride Paraden in Ausübung ihres Dienstes (offiziell) zu unterlassen; sowie zusammen mit den Vereinigten Staaten von Amerika und weiteren internationalen Partnern in internationalen Organisationen dafür einzutreten und öffentlich zu erklären, dass keine Rechte auf „sexuelle Identität“, Abtreibung oder spezielle LGBTIQ- oder Trans-Rechte bestehen und entsprechende Sprache in völkerrechtlich unverbindlichen Dokumenten von internationalen Organisationen aktiv zu bekämpfen bzw. nicht zuzulassen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 21/3308 abzulehnen.

Berlin, den 14. Januar 2026

Der Auswärtige Ausschuss

Armin Laschet
Vorsitzender

Jürgen Hardt
Berichterstatter

Stefan Keuter
Berichterstatter

Adis Ahmetovic
Berichterstatter

Deborah Düring
Berichterstatterin

Vinzenz Glaser
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Jürgen Hardt, Stefan Keuter, Adis Ahmetovic, Deborah Düring und Vinzenz Glaser

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 21/3308** in seiner 51. Sitzung am 19. Dezember 2025 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie, dem Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragssteller fordern die Bundesregierung auf, unter anderem, nach dem Vorbild der USA bei deutschen Auslandsvertretungen sowie Institutionen der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) keine Regenbogenflaggen mehr zu hissen, auch nicht im sogenannten Pride Monat (28.6.2025–27.7.2025) und alle Teilnahmen von deutschen Botschaftsangehörigen, insbesondere Botschaftern und Geschäftsträgern, an sogenannten Pride Paraden in Ausübung ihres Dienstes (offiziell) zu unterlassen; sowie zusammen mit den Vereinigten Staaten von Amerika und weiteren internationalen Partnern in internationalen Organisationen dafür einzutreten und öffentlich zu erklären, dass keine Rechte auf „sexuelle Identität“, Abtreibung oder spezielle LGBTIQ- oder Trans-Rechte bestehen und entsprechende Sprache in völkerrechtlich unverbindlichen Dokumenten von internationalen Organisationen aktiv zu bekämpfen bzw. nicht zuzulassen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 21/3308 in seiner 27. Sitzung am 14. Januar 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat die Vorlage auf Drucksache 21/3308 in seiner 22. Sitzung am 14. Januar 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage auf Drucksache 21/3308 in seiner 14. Sitzung am 14. Januar 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage auf Drucksache 21/3308 in seiner 13. Sitzung am 14. Januar 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 21/3308 in seiner 15. Sitzung am 14. Januar 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Berlin, den 14. Januar 2026

Jürgen Hardt
Berichterstatter

Stefan Keuter
Berichterstatter

Adis Ahmetovic
Berichterstatter

Deborah Düring
Berichterstatterin

Vinzenz Glaser
Berichterstatter

